

Ulrike Berger
Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
– Stellvertretende Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Schwerin, den 2. Mai 2012

Polizeiinspektion Neubrandenburg
Herrn Kriminalinspektor Siegfried Stang
Beguinenstraße 2
17033 Neubrandenburg

zur Kenntnisnahme
Herrn Innenminister Lorenz Caffier
Alexandrinenstraße 1
19055 Schwerin

Sehr geehrter Herr Kriminalinspektor Stang,
sehr geehrter Herr Minister Caffier,

ich erhebe Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter des Einsatzes im Rahmen der Kundgebungen am 1. Mai 2012 in Neubrandenburg und bitte um die dienstliche Überprüfung und Klärung der nachfolgend geschilderten Sachverhalte. Seine Dienstnummer gab der Einsatzleiter auf Nachfrage mit „8224“ an. Fotoaufnahmen, die den Einsatzleiter zeigen, liegen mir vor.

Nach dem Abschluss verschiedener friedlicher Gegenaktionen zu dem Aufmarsch der NPD machte sich eine Gruppe von ca. 300 Personen gegen 15:30 Uhr in Richtung Bahnhof auf den Weg, wo auf die meisten von ihnen Busse für die weitere Heimfahrt warteten. Es handelte sich um eine bunt zusammengesetzte Gruppe von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, darunter auch Abgeordnete des Landtages und der Kreistage. Dieser Weg führte von der Ravensburgstraße aus über die kürzest mögliche Route und damit auch über die Brücke, die im Zuge der Demminer Straße (B96) über die Eisenbahngleise führt.

An dieser Stelle wurden Polizeikräfte auf die Gruppe aufmerksam. Auf Nachfrage wurde daraufhin durch Michael Steiger, Mitglied des Kreistages Vorpommern-Greifswald, und mich klargestellt, dass dieser gemeinsame Fußweg nicht als Demonstration zu verstehen sei. Daraufhin erfolgte seitens der Polizei die Aufforderung, ausschließlich den Fuß- und Radweg zu benutzen. Dieser Aufforderung kamen die ca. 300 auf dem Weg in Richtung Bahnhof befindlichen Personen in der Folge auch nach. Dies ist angesichts der großen Personenzahl nicht als selbstverständlich zu erachten, da der kombinierte Fuß- und Radweg an dieser Stelle eine Breite von weniger als vier Metern aufweist. Angesichts des ansonsten geringen Verkehrsaufkommens zu der genannten Zeit hätte auch eine kurzzeitige Einschränkung des KfZ-Verkehrs an dieser Engstelle in Kauf genommen

werden können.

Im Anschluss kam es jedoch zu Provokationen, die, wie ich gut beobachten konnte, ausschließlich von Polizeikräften ausgingen. Diese bestanden aus Rempereien sowie dem Versuch, sich mit Gewalt eines mitgeführten Banners zu bemächtigen. Ferner stellten sich Polizeikräfte absichtlich so, dass der ohnehin schon zu schmale Weg zusätzlich verengt wurde und trugen damit sichtlich bewusst zur Unübersichtlichkeit der folgenden Situation bei und beförderten damit die Anspannung der Menschen.

In der Folge der Provokationen und der bewusst herbeigeführten Enge stürmte ein Teil der Polizeikräfte im Anschluss an eine Bagatellsituation, die möglicherweise nur Folge der beengten Verhältnisse war, in die Menge. Bedenken gegenüber dem Einsatzleiter, dass dies zur Eskalation der Situation führen könnte, beantwortete dieser uns gegenüber mit den Worten: „Na und? Das soll es ja auch.“ Diese bewusste, durch den Einsatzleiter angeordnete Eskalation war dabei durch nichts gerechtfertigt. Das unangemessene und zum Teil blinde und brutale Vorgehen einiger Polizeikräfte führte zu leichten Verletzungen einiger Personen aus der Gruppe. Andere sahen sich angesichts des willkürlichen Vorgehens gezwungen, eine steile Böschung hinunter zu flüchten.

Von Michael Steiger und anderen auf sein unangemessenes Vorgehen angesprochen, zeigte sich der Einsatzleiter wie schon zuvor sichtlich überfordert und reagierte mit schweren Beleidigungen.

Das Vorgehen der Polizeikräfte in der genannten Situation gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern in die Polizei und deren Arbeit. Gerade, um das zur Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen notwendige Engagement von unterschiedlichen Aktiven der Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, sendet ein solcher unangemessener Einsatz ein verheerendes Signal aus. Auch deswegen ist ein dienstrechtliches Vorgehen gegen die Einsatzleitung unerlässlich.

Gerne stehe ich für weitere Informationen zu einem direkten Gespräch zur Verfügung. Auch Michael Steiger, der die Situation ebenfalls genau beobachten konnte, hat mich gebeten, Ihnen seine Bereitschaft zu einem Gespräch zu übermitteln.

Ich fordere die Verantwortlichen schließlich dazu auf, angesichts der geschilderten Ereignisse ihre Darstellung gegenüber den Medien zu korrigieren und sich bei den Betroffenen öffentlich zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Berger